

## Wirtschaftspolitische Antworten auf die Krise in Europa: Kritische politökonomische und postkeynesianische Perspektiven

1. Einleitung	16
2. Kritische Politische Ökonomie, Postkeynesianismus und Krise	16
3. Die Krise in der EU und wirtschaftspolitische Strategien	19
4. Mögliche Szenarien in Europa	21
5. Schlussfolgerungen	24

*Johannes  
Jäger*

*Fachbereichsleiter  
Volkswirtschaftslehre  
der Fachhochschule  
des BFI Wien*

*Elisabeth  
Springler*

*Leiterin des Bache-  
lor- und Masterstu-  
diengangs "Europä-  
ische Wirtschaft und  
Unternehmensfüh-  
rung" der Fachhoch-  
schule des BFI Wien*

**Auszug aus WISO 3/2016**

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@isw-linz.at](mailto:wiso@isw-linz.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

## 1. Einleitung

*Mainstream-Ansätze nur sehr bedingt geeignet ...*

Die aktuelle Krise in Europa hat deutlich gemacht, dass Mainstream-Ansätze in den Wirtschaftswissenschaften allenfalls sehr bedingt geeignet sind, um wirtschaftliche Entwicklung und Krisen adäquat verstehen zu können. In diesem Beitrag versuchen wir, alternative wirtschaftswissenschaftliche Herangehensweisen und deren Sichtweisen auf Wachstum und Krise darzulegen. Wir argumentieren, dass eine Kombination von Ansätzen der Kritischen Politischen Ökonomie sowie des Postkeynesianismus eine systematische Beschreibung der ökonomischen und politischen Dimensionen der Krise ermöglicht, sowie wichtige Ansatzpunkte liefert. Die Mängel der Mainstream-Literatur im Bereich der europäischen Integrationsforschung sind sehr gut dokumentiert (van Apeldoorn et al. 2009, Nousios et al. 2012: 9ff). Während die europäische Integration seit den 1970er-Jahren zunehmend eine neoliberale Form angenommen hat, die mit Hilfe der neoklassischen Wirtschaftstheorie gerechtfertigt wurde, sind gleichzeitig seit den 1970er-Jahren sinkende Wachstumsraten zu verzeichnen. Damit war auch in Bezug auf das Wirtschaftswachstum die neoliberale europäische Integration kein Erfolg (Cafruny/ Ryner 2007). Darüber hinaus waren bereits die Jahrzehnte vor der Krise von einem sinkenden Anteil der Arbeitseinkommen und einem steigenden Gewinnanteil gekennzeichnet, was wesentlich zur wachsenden Ungleichheit beitrug (OECD 2011). Der orthodoxe Charakter der Literatur zur europäischen Integration schafft es nicht, auch nur die Möglichkeit einer Krise zu erkennen (Ryner 2012). Ausgehend von diesen Evidenzen werden im Folgenden Ansätze aufgezeigt, die es ermöglichen, Alternativen für die Wirtschaftspolitik in der EU zu diskutieren.

*... und führten zu wachsender Ungleichheit*

## 2. Kritische Politische Ökonomie, Postkeynesianismus und Krise

Die Kritische Politische Ökonomie ist ein wichtiger Strang innerhalb des heterodoxen Denkens. Sie steht in der Tradition der Politischen Ökonomie, inkludiert die Erkenntnisse von Marx und analysiert die Gesellschaft als Ganzes, indem sie einen integrativen Rahmen für die Analyse von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat liefert. Sie kann daher auch als eine prä-disziplinäre bzw. post-disziplinäre Perspektive verstanden werden (Jessop/

Sum 2001). Im Kern der Kritischen Politischen Ökonomie steht das abstrakte Konzept von gesellschaftlichen Produktionsweisen und damit eine klassenbasierte Vorstellung von Wirtschaft und Gesellschaft (Jäger/Springler 2012). In der Regel versucht die Kritische Politische Ökonomie, gegebene gesellschaftliche Strukturen und Entwicklungen zu verstehen, zu erklären und zu kritisieren. Sie zielt mit ihrer Methode darauf ab, zu emanzipatorischen Kämpfen beizutragen, Ausbeutung zu verringern und beispielsweise auch neoliberale Formen des Kapitalismus zu bekämpfen. Als langfristig erstrebenswert gilt es jedoch, die Schaffung von Alternativen jenseits kapitalistischer Produktionsweisen voranzutreiben (Jäger et al. 2016).

Postkeynesianische Ansätze stehen in der Tradition von Keynes und greifen Konzeptionen der klassischen Politischen Ökonomie von Marx, Kalecki und Sraffa sowie von institutionalistischen Ansätzen auf. Die Neoklassik steht im Zentrum der Kritik. Der Postkeynesianismus ist der Überzeugung, dass eine kapitalistische Wirtschaft nicht zu Vollbeschäftigung, sondern zu Stagnation führt und dies die ArbeitnehmerInnen schwächt. Damit widerspricht sie den Mainstream-Ansätzen der Ökonomie (Snowdon und Vane 2005, King 2002). Schon Keynes (1930) erwartete in seinem berühmten Aufsatz „Economic Possibilities of our Grandchildren“, dass der liberale Kapitalismus in Stagnation enden würde. Der Adressat des Postkeynesianismus ist „der Staat“ beziehungsweise der „öffentliche Sektor“, von dem erwartet wird, durch die Einsetzung geeigneter Institutionen und Politiken Wachstum und Vollbeschäftigung zu gewährleisten. Neben den Staatsausgaben und einer gerechten Einkommensverteilung (einschließlich eines starken Wohlfahrtsstaates) gelten eine angemessene Geldpolitik und die Regulierung des Finanzsektors als entscheidend für ein stabiles und hohes Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung.

*Postkeynesianismus: kapitalistische Wirtschaft führt nicht zur Vollbeschäftigung, sondern zu Stagnation*

PostkeynesianerInnen meinen mit „Krise“ das Fehlen von Wirtschaftswachstum beziehungsweise die durch das kapitalistische System hervorgerufene Fragilität der Ökonomie, die in eine Unterauslastung des Faktors Arbeit mündet. In der Regel wird Wachstum endogen, pfadabhängig und vor allem durch Investitionen als wesentlicher Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage getrieben, verstanden (Setterfield 2001). Bei der Erklärung von Krisen verweist der Postkeynesianismus auf sinkende Investitionen.

*Postkeynesianismus gibt konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge zur Überwindung von Stagnation*

Dies kann verschiedene Gründe haben: Eine wichtige Ursache ist die inhärente Instabilität der kapitalistischen Finanzstruktur (Minsky 1992). Ein Mangel an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage wird auch durch mangelhafte institutionelle Rahmenbedingungen verursacht, die zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten, wie denjenigen, an denen Europa leidet, führen. Daher ermöglicht der Postkeynesianismus eine sehr spezifische Berücksichtigung der konkreten „Mechanismen“ von Wirtschaftskrisen und gibt konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge zur Überwindung von Stagnation. Darüber hinaus bietet der Ansatz Perspektiven, um die Auswirkungen von allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie die Erhöhung der Löhne, Staatsausgaben, Steuern und Zinsen zu analysieren. Die Diskussion um die Bedeutung des Staates als Arbeitgeber oder die Forderung nach starken und stabilen institutionellen Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten, um starke wirtschaftliche Auf- und mit ihnen kausal verbundene Abschwünge zu verhindern, wird von einer Reihe von PostkeynesianerInnen vorangetrieben (Minsky 2008, Palley 2003, Auerback et al. 2010).

In der Kritischen Politischen Ökonomie wird der Begriff Krise in einem deutlich breiteren Sinne verwendet. Er bezieht sich zwar auch auf Wirtschaftskrisen im Sinne der Abwesenheit von dynamischer ökonomischer Akkumulation. Es geht aber auch um die Frage, wie ökonomische, politische, ideologische, soziale oder ökologische Krisen miteinander verwoben sind (Overbeek 2012, Bieling 2013). Das Fehlen von Wachstum wird insbesondere im Rahmen des Regulationsansatzes analysiert und mit fehlender Kohärenz zwischen Wachstumsstrategien und entsprechenden Institutionen begründet. Dieses wird wiederum auf Machtasymmetrien und sich widersprechende wirtschaftspolitische Strategien unterschiedlicher Klassen und Klassenfraktionen zurückgeführt (Boyer/Saillard 2002, Bieling et al. 2016).

Der Regulationsansatz sowie das Konzept der Finanzialisierung (Clévenot 2011, Epstein 2005, Erturk et al. 2008, Lapavistas 2013) erweisen sich als wichtige Zugänge, die es erlauben, Erkenntnisse aus dem Postkeynesianismus und der Kritischen Politischen Ökonomie zu verknüpfen. Darüber hinaus gibt es eine weitere Verbindung zu einem bestimmten Strang des Postkeynesianismus – vor allem der monetären ÖkonomInnen

des französischen und italienischen „circuist approach“ –, der auf Michal Kalecki und die Kritische Politische Ökonomie zurückgeht. In seinem berühmten Artikel erklärt Kalecki (1943), warum KapitalistInnen ein strukturelles Interesse an zumindest einem Mindestmaß an Arbeitslosigkeit haben und warum sie einen militärischen Keynesianismus den Wohlfahrtsausgaben vorziehen: dies stärkt ihre gesellschaftliche Machtposition. Die Kritische Politische Ökonomie und der Postkeynesianismus thematisieren beide traditionell ungleiche Entwicklung und Asymmetrien. Allerdings neigt der Postkeynesianismus dazu, sich auf den Nationalstaat und die Verbindungen zwischen Nationalstaaten zu konzentrieren (Ederer/Reschenhofer 2013). Die Kritische Politische Ökonomie betont hingegen die ungleichen globalen Dimensionen der kapitalistischen Entwicklung und die Perspektiven der abhängigen Länder und Regionen (Jäger/Springler 2012, Drahokoupil/Myant 2012).

### **3. Die Krise in der EU und wirtschaftspolitische Strategien**

Trotz immer wieder aufkeimender optimistischer Vorhersagen konnte die Stagnation in Europa jedoch bislang nicht überwunden werden. Überdies hat die Krise zu tiefen sozialen Verwerfungen geführt (Bruff/Wöhl 2016). Besonders deutlich zeigte sich in der Krise, dass es zu einer Spaltung zwischen einem reicheren Kern der Länder rund um Deutschland einerseits und ärmeren peripheren Ländern andererseits gekommen ist. Damit vertieft sich eine neue Geografie, die zunehmend von Divergenz statt Konvergenz geprägt ist. Die Gründe dafür werden im Folgenden dargelegt.

*Krise hat zu tiefen sozialen Verwerfungen geführt ...*

Kritische Politische Ökonomie wie Postkeynesianismus stimmen weitgehend darin überein, dass sich wesentliche Ursachen der Krise und Stagnation bereits in den Vorkrisenstrukturen finden. Während keynesianische Aspekte stärker die spezifische Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Institutionen wie etwa der Geldpolitik und der Fiskalpolitik im Euroraum als erklärende Elemente heranziehen, betonen politökonomische Zugänge vor allem die diesen Institutionen zugrunde liegenden kapitalistischen Strukturen und politischen Machtverhältnisse. Entsprechend werden auch die Ursachen einerseits in einer inadäquaten institutionellen Struktur und andererseits in spezifischen Produktionsweisen und

*... aber wesentliche Ursachen finden sich bereits in Vorkrisenstrukturen*

*exportorientierte  
Akkumulations-  
modelle*

damit verbundenen Wirtschafts- und Machtstrukturen verortet (Jäger/Springler 2015). Die Durchsetzung neo-liberaler wirtschaftspolitischer Institutionen in der EU war demnach wesentlich das Ergebnis von Strategien transnationaler Kapitalgruppen (Van Apeldoorn et al. 2009). Diese Strukturen führten zur Herausbildung von zwei unterschiedlichen Akkumulationsmodellen, die die grundlegende Problematik einer Überakkumulationskrise bzw. die mit der Verschiebung der funktionalen Verteilung zugunsten des Kapitals verbundenen Problematiken nur hinauschieben konnten. Einerseits waren dies exportorientierte Akkumulationsmodelle. Im Zentrum standen dabei Deutschland und mit der deutschen Ökonomie verknüpfte Akkumulationsmodelle, u.a. in den Niederlanden, in Österreich und Tschechien, die in das deutsche Produktivsystem integriert waren. Diesem produktiven Kern standen Akkumulationsmodelle in der europäischen Peripherie gegenüber, die als abhängig und finanzialisiert charakterisiert werden können (Becker/Jäger 2012).

*europäisches  
Krisenmanage-  
ment zielt auf  
Bankenrettungs-  
programme und  
Sozialisierung  
der Verluste ab*

Das europäische Krisenmanagement zielte zunächst darauf ab, die aus den USA überschwappende Finanzkrise durch Bankenrettungsprogramme und Sozialisierung der Verluste einzudämmen. Kurz darauf wurden – insbesondere im produktiven Zentrum Europas – auch keynesianisch inspirierte nachfragestimulierende Politiken durchgeführt, um den drohenden ökonomischen Kollaps hintanzuhalten. Insbesondere Deutschland ist auch seit 2008 durch eine – zumindest im europäischen Vergleich – relativ stabile Lohnentwicklung aufgefallen, was wesentlich dazu beigetragen hat, dass Deutschland die Krise vergleichsweise besser überstanden hat (Lehndorff 2014). Während zunächst in Krisenländern außerhalb der Eurozone, wie etwa in Ungarn, anti-keynesianische und damit krisenverschärfende Stabilisierungspolitiken mit Unterstützung des IMF umgesetzt wurden, wurden mit dem Ausbruch der Eurokrise diese Politikmuster auf die Krisenländer der Eurozone ausgeweitet. Auch dort wirkten diese Politikmuster krisenverschärfend. Damit wurde die Kluft innerhalb der EU an der Oberfläche wieder deutlich. Als wesentliche Triebkräfte für diese Entwicklung in der EU werden dominante Kapitalgruppen in Deutschland ausgemacht (Heinrich/Jessop 2013). Die abhängige Bourgeoisie in peripheren Ländern, wie z.B. in Spanien, unterstützte diese Politik, um bei der Gelegenheit die Position der Lohnabhängigen – etwa durch radikale

Unterminierung des Tarifvertragssystems oder den Abbau des Sozialstaates – nachhaltig zu schwächen (Navarro 2011).

In einer Reihe von weiteren Schritten wurden die restriktiven Politiken gegenüber peripheren Krisenländern verallgemeinert und institutionell auf EU-Ebene als generelle Regeln verankert (Oberndorfer 2015). Diese betreffen die Fiskalpolitik und indirekt, aber auch direkt das Lohnverhältnis. Es kann damit eine teilweise räumliche Verschiebung des Lohnverhältnisses – unter restriktiven Vorzeichen – auf die europäische Ebene festgestellt werden. Damit hat das Krisenmanagement zwar nicht zu einer Grundlage für dynamisches Wachstum geführt, die Krise blieb aus Sicht der herrschenden Klassen jedoch nicht ungenützt. Die Position von Kapital gegenüber Arbeit wurde zumindest mittelfristig deutlich gestärkt, wobei Zwangselemente im Vergleich zu Konsenselementen deutlich zugenommen haben (Bieling et al. 2016). Während einerseits bislang das Abrutschen in eine chaotische und damit unkontrollierbare Entwicklung vermieden werden konnte, haben sich andererseits widersprüchliche und zentrifugale Entwicklungstendenzen in der Krise manifestiert.

*Position von  
Kapital wurde  
gestärkt*

#### **4. Mögliche Szenarien in Europa**

Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Entwicklungen in Europa vor und während der Krise werden im Folgenden mögliche weitere Entwicklungsdynamiken kurz angesprochen. Die Analyse erfolgt dabei weitgehend in Anlehnung an Buckel et al. (2012), Jäger/Springler (2015) und Niechoj (2015):

Angesichts des bisherigen Krisenverlaufs und des bisherigen Krisenmanagements scheinen eine chaotische Entwicklung sowie ein totaler Zusammenbruch nicht sehr wahrscheinlich. Bislang haben sich die tonangebenden KrisenmanagerInnen in der Lage gezeigt, derartige Entwicklungen zumindest für die EU insgesamt zu vermeiden. Dem steht zwar die mittlerweile noch stärker anti-keynesianische Ausrichtung der europäischen wirtschaftspolitischen Strukturen entgegen; wie die Vergangenheit jedoch gezeigt hat, kann durchaus erwartet werden, dass angesichts drohender chaotischer Entwicklungen diese restriktiven Regelungen über Bord geworfen werden. Dies deshalb, weil es auch aus Sicht der herrschenden Klassen jedenfalls darum geht,

chaotische Prozesse zu vermeiden, da solche Entwicklungen potenziell ihre Oberhoheit durch das Entstehen von Aufständen und radikalen politischen Bewegungen und Parteien untergraben könnten (Duménil/Levy 2004).

*koordinierte  
Makropolitik und  
produktivitäts-  
orientierte Lohn-  
politik wären  
erforderlich ...*

Postkeynesianische Perspektiven teilen häufig explizit oder implizit die Annahme, dass eine wirtschaftspolitische Struktur, die von Vollbeschäftigung und Wachstum gezeichnet ist, als erstrebenswert zu erachten ist. Deutlich wird dies etwa bei Niechoj (2015), der argumentiert, dass auf europäischer Ebene entsprechende institutionelle Strukturen geschaffen werden sollten, die eine koordinierte Makropolitik (unter dem Stichwort der Regulierung) unter keynesianischen Vorzeichen ermöglichen. Im Kern müssten dabei eine koordinierte Fiskalpolitik sowie ein substanzielles Budget auf EU-Ebene stehen. Darüber hinaus soll, wie Flassbeck/Lapavitsas (2015) betonen, eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik auf europäischer Ebene bzw. im Euroraum dazu führen, dass Ungleichgewichte vermieden (personelle wie funktionale Ungleichgewichte der Einkommensverteilung), Nachfrage stabilisiert und lohngetriebenes Wachstum möglich wird. In politökonomischer Perspektive wird zur Erreichung eines Konvergenz bringenden Wachstums auch auf die zentrale Bedeutung einer entsprechenden Industriepolitik, die Grundlagen für Wachstum in peripheren Regionen schaffen kann, hingewiesen (Becker et al. 2013). Die organisierte Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen auf europäischer Ebene ist heute jedoch noch stärker als in den 1980er-Jahren in der Defensive und nach wie vor stark fragmentiert (Van Apeldoorn 2013). Dem stehen auch transnationale Klassenfraktionen und insbesondere in Deutschland verortete Kapitalinteressen gegenüber, die ihre Vorstellungen bislang auf europäischer Ebene sehr erfolgreich durchsetzen konnten (Bieling et al. 2016). Aus politökonomischer Perspektive scheint es daher äußerst fraglich, ob ein pro-europäisches keynesianisch inspiriertes Modell in näherer Zukunft durchgesetzt werden kann.

*... aber eher  
Gefahr eines  
autoritären  
Neoliberalismus  
in EU*

Viel wahrscheinlicher erscheint es aus politökonomischer Perspektive, dass sich auf absehbare Zeit ein autoritärer Neoliberalismus auf EU-Ebene verfestigt. Der Verlauf der Krisenbearbeitung in Europa spiegelt diesen Zugang wider (Bruff 2014, Oberndorfer 2015). Beim Krisenmanagement ging es weniger



um die Durchsetzung einer Wachstumspolitik als vielmehr um die Stabilisierung von Klasseninteressen (Bieling 2013). Die strategische Selektivität, die schon vor der Krise auf EU-Ebene zugunsten von Kapitalinteressen gegeben war, hat sich mit der Krise noch weiter verstärkt. Insbesondere wurden durch die mit institutionalisierter Austeritätspolitik verbundene partielle Verschiebung des Lohnverhältnisses auf EU-Ebene die Strukturen weiter zu Ungunsten der Lohnabhängigen verschärft. Damit ist zu erwarten, dass sich Lohndifferenzen und räumliche Disparitäten weiter zuspitzen. Transnationale Unternehmen können damit in Europa auf längere Sicht von sehr heterogenen Wirtschaftsstrukturen und unterschiedlichen Lohnniveaus ausgehend ihre Produktionsketten entsprechend gestalten. Tendenziell kommt damit die Nachfrageorientierung unter Druck und die Exportorientierung steigt. Die Bestrebungen, TTIP durchzusetzen, können in diesem Kontext als Strategie erachtet werden, neue Räume für exportorientiertes Wachstum zu eröffnen, was allerdings mit sehr hohen sozialen Kosten für Europa verbunden sein dürfte (vgl. Raza et al. 2014). Vor dem Hintergrund der ökonomischen Größe der EU im globalen Kontext ist es jedoch fraglich, ob eine entsprechend auf außerhalb der EU orientierte Exportstrategie unter weiterer Vernachlässigung des Binnenmarkts eine gangbare Strategie darstellt. Vielmehr ist davon auszugehen, dass das für die Krise ursächliche Problem der Überakkumulation, das sich aus der ungleichen (funktionalen) Einkommensverteilung ergibt, nicht gelöst wird. Dazu trägt wesentlich bei, dass es den dominanten Gruppen im Zentrum sehr gut gelingt, ihre Interessen im Rahmen der europäischen Governance-Strukturen in ganz Europa durchzusetzen, während die Peripherie darauf bislang keinen nennenswerten Einfluss hat. Die Widersprüche werden damit vor allem an der europäischen Peripherie sichtbar. Diejenigen Länder, die – wenn auch untergeordnet – Teil des produktiven Modells rund um Deutschland sind, haben damit eine deutlich bessere Ausgangsposition als jene, in denen die Vergangenheit vor allem durch De-Industrialisierung und finanzialisierte Akkumulationsregimes gekennzeichnet war. Die Ausweglosigkeit der Situation wird die Suche nach alternativen nationalen Entwicklungsstrategien in der Peripherie befeuern. In vielen Fällen wird damit ein deutlicher Bruch mit bisherigen neo-liberal orientierten europäischen Politiken einhergehen. Interne Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse werden

*TTIP – neue Räume für exportorientiertes Wachstum, aber hohe soziale Kosten*

die jeweiligen nationalen Entwicklungswege wesentlich bestimmen (vgl. Becker et al. 2013). Es ist davon auszugehen, dass diese nationalen Entwicklungen erhebliche Rückwirkungen auf die Europäische Union haben werden. Die Legitimation der EU sinkt – wie es zuletzt auch in der Abstimmung zum Austritt in Großbritannien zum Ausdruck gekommen ist. Entsprechend ist aus politökonomischer Perspektive eine längere Periode der Instabilität in Europa zu erwarten.

## **5. Schlussfolgerungen**

Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass die Kritische Politische Ökonomie Wirtschaft als Teil der Gesellschaft versteht, womit Wirtschaft und Politik untrennbar miteinander verbunden analysiert werden. Der Postkeynesianismus fokussiert hingegen auf die Untersuchung ökonomischer Beziehungen und abstrahiert von der gesellschaftlichen Grundlage der Ökonomie und damit von politischen Prozessen. So konzentriert sich der Postkeynesianismus auf einzelne ökonomische Mechanismen, die Auswirkungen von Institutionen und Wirtschaftspolitiken. Er zeigt, wie Probleme – die in der Kritischen Politischen Ökonomie häufig als strukturelle Widersprüche (zwischen Klassen) verstanden werden (wie mangelnde Nachfrage oder Überakkumulation) – durch angemessene institutionelle Regelungen überwunden werden können. In der Regel ist der Postkeynesianismus optimistischer, dass die richtigen Maßnahmen und Institutionen – und nicht die falsche neoklassische Politik – durch wohlwollende PolitikerInnen und Wirtschaftspolitiken erreicht werden können. Im Gegensatz dazu argumentiert die Kritische Politische Ökonomie, dass nicht primär das Fehlen der richtigen wirtschaftlichen Ideen das Hauptproblem darstellt. Vielmehr sind es die entsprechenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die dazu führen, dass gewünschte Politiken nicht implementiert werden. Damit gilt Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung als eine „politische“ und keine „technische“ Frage. Während sich die Perspektiven der Kritischen Politischen Ökonomie und des Postkeynesianismus zwar unterscheiden, können sie jedoch kombiniert werden, um die Wurzeln und die Dynamiken der Krise besser als herkömmliche Herangehensweisen im Mainstream zu verstehen. Dabei ist es vor allem wichtig, auf die Auswirkungen ungleicher Entwicklung und auf die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie zu

fokussieren. Wie oben dargelegt, erscheint ein keynesianisch/sozialdemokratisches Europa mittelfristig nicht durchsetzbar. Vielmehr ist von einer einstweiligen Verfestigung eines autoritären Neo-Liberalismus und einer weiteren Fortsetzung der aktuellen Ad-hoc-Politik als der wahrscheinlichsten mittelfristigen Entwicklung auszugehen. Damit ist eine weitere Zuspitzung der Krise und eine Vertiefung der Divergenzen zwischen dem produktiven Zentrum und den direkt produktiv eingebundenen Räumen sowie dem Rest der Peripherie wahrscheinlich. Progressive nationale Strategien, die Lohnabhängige und nationale Kapitalinteressen zumindest partiell vereinen, scheinen daher eher möglich, als ein von ArbeitnehmerInnen nennenswert mitgeprägter neuer Klassenkompromiss auf europäischer Ebene. Bislang handelte es sich auf nationaler Ebene vielfach um Abwehrkämpfe der Lohnabhängigen gegen im Zuge der Krise implementierte Maßnahmen, die die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen implizierten. Häufig waren diese defensiven Kämpfe bislang allerdings wenig erfolgreich, haben jedoch zu einer Delegitimierung etablierter Parteien und Interessenvertretungen sowie der EU beigetragen.

### Literatur

- Auerback, M. / McCulley, P. / Parenteau, R.W. (2010): What would Minsky do? In: Papadimitriou, D. und Wray, R. (Hrsg.): *The Elgar Companion to Hyman Minsky*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, 117-133.
- Becker, J. / Jäger, J. (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism. *Competition & Change* 16 (3), 169-187.
- Becker, J. / Jäger, J. (2010): Development Trajectories in the Crisis in Europe. *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe*. 18 (1). 5-27.
- Becker, J. / Jäger, J. / Weissenbacher, R. (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung. Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 29 (3), 34-54.
- Bieling, H.J. (2013): European Financial Capitalism and the Politics of (De-)financialization. In: *Competition & Change* 17 (3), 283-298.
- Bieling, H.J. / Jäger, J. / Ryner, M. (2016): Regulation Theory and the Political Economy of the European Union. In: *Journal of Common Market Studies* 54 (1), 53-69.
- Boyer, R. / Saillard, Y. (Hrsg., 2002): *Régulation Theory. The State of the Art*. London: Routledge.
- Bruff, I. (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. *Rethinking Marxism* 26 (1), 113-129.
- Bruff, I./Wöhl, S. (2016): Constitutionalizing Austerity, Disciplining the Household: Masculine Norms of Competitiveness and the Crisis of Social Reproduction in the Eurozone. In: Aida Hozic / True; Jacqui (Hrsg.): *Scandalous Economics: Gender and the Politics of Financial Crises*. Vol. 92-108. Oxford: Oxford University Press.
- Cafruny A. (2015): The European Question and the Rise of German Power. In: Jäger, J. / Springler, E. (Hrsg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible*

- Futures. *Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. Oxon: Routledge, 61-73.
- Cafruny, A. W. / Ryner, J. M. (2007): *Europa at Bay. In the Shadow of US Hegemony*. London: Lynne Rienner Publishers.
  - Clévenot, M. (2011): *Post-keynésianisme et théorie de la régulation: des perspectives communes*. *Revue de la Régulation* 10 (2).
  - Demirovic, A. (2005): *Die Perspektive der vernünftigen Gesellschaft*. *PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft* 35 (4), 479-496.
  - Dow, S. (2006): *Endogenous money: structuralist*. In: Arestis, Ph. / Sawyer, M. (Hrsg.): *A Handbook of Alternative Monetary Economics*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar, p.35-51
  - Drahoukoupil, J. / Myant, M. (2012): *The European sub-prime? Financial crisis and the East-European periphery*. In: Petros, N. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (Hrsg.): *Globalisation and European Integration. Critical approaches to regional order and international relations*. Oxon: Routledge.
  - Duménil, G. / Lévy, D. (2004): *Capital Resurgent. Roots of the neoliberal Revolution*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
  - Ederer, St. / Reschenhofer, P. (2013): *Macroeconomic Imbalances in the EU*. Working Paper No 42. WWW for Europe [online], [http://www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/Workingpapers/WWWforEurope\\_WPS\\_no042\\_MS71.pdf](http://www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/Workingpapers/WWWforEurope_WPS_no042_MS71.pdf). [Zugriff: 1. Juni 2014]
  - Epstein, G.A. (Hrsg.) (2005): *Financialization and the World Economy*. Cheltenham: Edward Elgar.
  - Erturk, I. / Froud, J. / Johal, S. / Leaver, A. / Williams, K. (2008): *Financialization at Work*. London: Routledge.
  - Heinrich, M. / Jessop, B. (2013): *Die EU-Krise aus Sicht der Kulturellen Politischen Ökonomie*. In: *Das Argument* 55 (1/2), 19-33.
  - Jäger, J. / Springler, E. (2012): *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Wien: Mandelbaum.
  - Jäger, J. / Springler, E. (eds. 2015): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. Oxon: Routledge.
  - Jäger, J. / Horn, L. / Becker, J. (2016): *Critical International Political Economy and Method*. In: Alan Cafruny/Leila Simona Talani/Gonzalo Pozo (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Critical International Political Economy*. London: Palgrave Macmillan. 101-118.
  - Jessop, B. / Sum, N.-L. (2001): *Pre-Disciplinary and Post-Disciplinary Perspectives in Political Economy*. *New Political Economy* 6 (1), 89-101.
  - Kalecki, M. (1943): *Political Aspects of Full Employment*. *Political Quarterly* 14, 322-331.
  - Keynes, J.M. (1930): *Economic Possibilities for our Grandchildren*. In: Keynes J. M. (1963): *Essays in Persuasion*, New York. W.W.Norton & Co., 358-373.
  - King, J.E. (2002): *A History of Post Keynesian Economics Since 1936*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
  - Lapavitsas, C. (Hrsg.) (2013): *Financialization in Crisis*. Chicago: Haymarket Books.
  - Lapavitsas, C. / Flassbeck, H. (2015): *Confronting the failure of the European Monetary Union*. In: Jäger, J. / Springler, E. (Hrsg.): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives*. Oxon: Routledge (i.E.).
  - Lehndorff, Steffen (2014): *Spaltende Integration: Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa revisited*. Hamburg: VSA.
  - McDonough, T./Reich, M./Kotz, D. M. (Hrsg.) (2010): *Contemporary Capitalism and Its Crises. Social Structure of Accumulation Theory for the 21st Century*. Cambridge/MA: Cambridge University Press.

- Minsky, H. (1992): The Financial Instability Hypothesis. Working Paper No. 74. The Jerome Levy Institute.
- Minsky, H. (2008 [1986]): Stabilizing an Unstable Economy. New York et al.: Mc Graw Hill.
- Navarro, V. (2011): Crisis and Class Struggle in the Eurozone. The Cases of Spain, Greece, Ireland and Portugal. In: Counter Punch (Weekend Edition August 19-21, 2011).
- Niechoj, T. (2015): Which future for Europe? A Scenario Analysis of European Integration. In: Jäger, J. / Springler, E. (Hrsg.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge (i.E.).
- Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (2012): Globalisation and European integration. The nature of the beast. In: Nousios, P. / Overbeek, H. / Tsolakis, A. (eds.): Globalization and European Integration. Critical Approaches to Regional Order and International Relations. Oxon: Routledge. 3-32.
- Oberndorfer, L. (2015): From New Constitutionalism to Authoritarian Constitutionalism: New economic governance and the state of European Democracy. In: Jäger, J. / Springler, E. (Hrsg.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical Political Economy and Post-Keynesian Perspectives. Oxon: Routledge, 186-207.
- OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD.
- Overbeek, H. (2012): Sovereign Debt Crisis in Euroland: Root, Causes and Implications for European Integration. The International Spectator: Italian Journal of International Affairs 47 (1), 30-48.
- Palley, Th. (2003): Asset Price Bubbles and the Case for Asset Based Reserve Requirements. Challenge. 46 (3), 53-72.
- Raza, W. et al. (2014): Assess\_TTIP: Assessing the Claimed Benefits of the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). ÖFSE. [http://www.guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/ASSESS\\_TTIP.pdf](http://www.guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/ASSESS_TTIP.pdf). [Zugriff: 2. Oktober 2014]
- Ryner, M. (2012): Financial Crisis, Orthodoxy and Heterodoxy in the Production of Knowledge about the EU. Millennium - Journal of International Studies 40 (3), 647-673.
- Snowdon, B. / Vane, H. (2005): Modern Macroeconomics, Its Origins, Development and Current State. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- van Apeldoorn, B. / Drahokoupil, J. / Horn, L. (Hrsg.) (2009): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance. From Lisbon to Lisbon. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- van Apeldoorn, B. (2013): The European capitalist class and the crisis of its hegemonic project. In: Panitch, L. / Albo, G. / Chibber, V. (Hrsg.): Registering Class. Socialist Register 2014. London: Merlin Press, 189-206.